

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 20. Jänner 2020; Bericht

Am 20. Jänner 2020 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Sahelzone und Klimadiplomatie. Die Tagung des RAB fand im Beisein des Kommissars für Nachbarschaft und Erweiterung, Olivér Várhelyi, statt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vor allem rezente Entwicklungen zu Libyen besprochen. Im Fokus stand die Libyen-Konferenz in Berlin vom 19. Jänner 2020, über die der deutsche Außenminister berichtete. Der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, sprach sich dafür aus, die Durchsetzung eines Waffenembargos gegen Libyen zu unterstützen und ein EU-Engagement zur Überwachung eines künftigen Waffenstillstandes zu prüfen. In der anschließenden Diskussion sprach ich mich gegen die Wiederaufnahme der EU-Mittelmeeroperation Sophia aus. Darüber hinaus sprach HV/VP Borrell rezente Entwicklungen in Bolivien, Venezuela und im Iran an und berichtete über seine Reise nach Indien (16.-18. Jänner 2020), wo er am Raisina-Dialog teilgenommen hatte. Weiters berichtete die zyprische Delegation über die mittlerweile fünfte türkische Bohroperation in der Ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns.

Unter dem Tagesordnungspunkt Sahelzone wurde vor allem die sich verschlechternde Sicherheitssituation in der Region und Möglichkeiten der EU, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, besprochen. Die anwesenden Außenministerinnen und -minister äußerten breite Unterstützung für verstärkte Koordinierung der Aktivitäten der EU sowie engere Kooperation mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Afrikanischen Union (AU). Das für 26. März 2020 vorgesehene EU-Sahel-Gipfeltreffen wurde begrüßt. HV/VP Borrell stellte breite Unterstützung für eine Überarbeitung der Sahel-Strategie auf Basis des integrierten Ansatzes fest und beauftragte die zuständigen Gremien entsprechend.

Der zweite Tagesordnungspunkt behandelte das Thema Klimadiplomatie, wobei HV/VP Borrell auf die Bedeutung einer intensivierten Kontaktaufnahme der EU mit den größten Emittenten, vor allem jenen G-20 Staaten, die nicht der EU angehören, verwies. Daneben unterstrich er, dass im Vordergrund der diesjährigen Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 26) die Erhöhung des Ambitionsniveaus bei Treibhausgasreduktionen der Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens stehen würde. Die Außenministerinnen und -minister befürworteten weitgehend ein verstärktes EU-Engagement im Bereich der Klimadiplomatie, vor allem gegenüber Drittstaaten. Ich betonte, dass die EU mit positivem Beispiel vorangehen und die Klimadiplomatie intensivieren müsse. Dies sei auch Gegenstand des österreichischen Regierungsprogramms. Weiters unterstrich ich, dass der Klimawandel auch Auswirkungen auf andere Bereiche, beispielsweise Sicherheit und Migration, habe. Die EU sollte dabei ihre Position als Handelsmacht und als weltweit größte Geberin von Entwicklungshilfe nutzen, um in Partnerländern mehr Engagement im Klimaschutz einzufordern.

Ratschlussfolgerungen wurden zu Klimadiplomatie angenommen. Zusätzlich wurde vom Rat angenommen

- der Beschluss (EU) 2020/101 des Rates zur Ernennung eines von der Republik Polen vorgeschlagenen Mitglieds des Ausschusses der Regionen,
- der Beschluss (EU) 2020/102 des Rates zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26. Januar 2020 bis zum 25. Januar 2025,
- der Beschluss (EU) 2020/244 des Rates über den Abschluss, im Namen der Europäischen Union, des Abkommens über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kasachstan andererseits.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. Mai 2020

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M
Bundesminister